

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Bad Hersfeld 20. Wahlperiode

Bad Hersfeld, den 27.05.2021

DRINGLICHKEITS-ANTRAG gemäß §12 der GO der STVV der

- SPD-Stadtverordnetenfraktion
- CDU-Stadtverordnetenfraktion
- Grüne-Stadtverordnetenfraktion
- FDP-Stadtverordnetenfraktion
- FWG-Stadtverordnetenfraktion
- UBH-Stadtverordnetenfraktion
- des Stadtverordneten Horst Zanger (Die LINKE)

Betreffend "Unterstützung von Handel, Gewerbe und Gastronomie in der Kreisstadt"

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Bad Hersfeld beschließt folgenden Antrag:

Der Magistrat wird gebeten, gemeinsam mit den zuständigen Verwaltungsstellen Projekte und Ideen umzusetzen, die eine zeitnahe, schnelle, effektive und auch nachhaltige Unterstützung der Innenstadt zur Folge haben.

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt dem Magistrat die Mittelfreigabe i. H. von 40.000 € (bei Bedarf weitere 10.000 € je nach Pandemie- und Umsetzungsverlauf) zu, die aus vorhandenen Produkten oder Deckungskreisen gewonnen werden können.

Dem Haupt- und Finanzausschuss sowie der Stadtverordnetenversammlung ist über die Verwendung der Mittel zu berichten.

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, sich darüber hinaus bei dem landesweit aufgelegten Landesprogramm "Zukunft Innenstadt" zu bewerben.

Folgende Punkte sollten dem Magistrat als Leitlinien und/oder Konkretisierungen von Ideen dienen:

- Kulturelle und Künstlerische Aktionen zur Belebung der Frequenz in der Innenstadt
- Anzeigenwerbung dafür in den lokalen Print- und Onlinemedien
- Verringerung der Gebühren für Sondernutzungen (Außengastronomie)
- Illuminationen (vgl. Lullusfest)
- "Bühnen" (Glaspavillons) in der Innenstadt für wechselnde Ausstellungen oder für Vereine/Musikgruppen/kl. kulturelle Angebote

- Frühschoppenkonzerte, evtl. eine "Kunstnacht" in der Innenstadt (unter Einbeziehung des Einzelhandels)
- Geführte Wanderungen (in Zusammenarbeit mit Gastronomie und Einzelhandel, Stadtführungen, Belebung der Kultur & Natur-Angebote)
- Kinderbelustigung

Begründung:

- Die Corona-Pandemie hat tiefgreifende und langfristige Folgen hinterlassen, neben den gesundheitlichen Schicksalen und Belastungen sind es vor allem die ökonomischen Folgen für Handel, Gastronomie und Gewerbe, die auch in der Kreisstadt Bad Hersfeld zu spüren sind.
- Unser Ziel ist nach wie vor eine sichere Handhabung von Öffnungsschritten, eine Senkung der Inzidenzen, um das Gesundheitssystem zu entlasten und die Menschen zu schützen.
- Die derzeitige Infektionslage lässt vorsichtig Hoffnung auf eine Rückkehr zur Normalität zu. Den sicheren Weg zu mehr Öffnung in Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur usw. soll und muss die Stadtpolitik effektiv und nachhaltig begleiten.
- Neben den bereits durch die Stadtpolitik beschlossenen Punkten (z. B. kostenfreier Busverkehr an Samstagen, "Brötchentaste" usw.) sollen weitere Maßnahmen ergriffen werden, die ganzheitliche Wirkung entfalten können.
- Daher erhält der Magistrat durch die Stadtverordnetenversammlung notwendige Mittelfreigaben, um die o. g. Punkte (und solche, die darüber hinausgehen) umzusetzen.
- Die Stadtpolitik stellt sich somit ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Gewerbetreibenden, die Einzelhändler und Gastronomen und unterstützt diese im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

Für die SPD-Stadtverordnetenfraktion

Karsten Vollmar, Fraktionsvorsitzender

Für die CDU-Stadtverordnetenfraktion

Andreas Rey, Fraktionsvorsitzender

Für die Grüne-Stadtverordnetenfraktion

Andrea Zietz, Fraktionsvorsitzende

Für die FDP-Stadtverordnetenfraktion

Bernd Böhle, Fraktionsvorsitzender

Für die FWG-Stadtverordnetenfraktion

Jürgen Richter, Fraktionsvorsitzender

Für die UBH-Stadtverordnetenfraktion

Hans-Jürgen Schülbe, Fraktionsvorsitzender

Stadtverordneter
Horst Zanger (Die LINKE)